

## Niederschrift

über die in der 47. Sitzung des Kreisausschusses  
am 16.06.2020 im Maywald-Saal des Kreishauses in Kleve gefassten Beschlüsse  
- öffentliche Sitzung -

Beginn der öffentlichen Sitzung : 16:00 Uhr  
Ende der öffentlichen Sitzung : 16:18 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung : 16:18 Uhr  
Ende der nichtöffentlichen Sitzung : 16:27 Uhr

Beginn der öffentlichen Sitzung : 16:30 Uhr  
Ende der öffentlichen Sitzung : 16:59 Uhr

### anwesend sind

Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Düllings, Paul	Issum
Mulder, Andy	Kleve
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Selders, Hannes	Kevelaer
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Terkatz, Hans-Hermann	Straelen
Prof. Dr. Klapdor, Ralf	Uedem
Heinricks, Michael	Kerken

### entschuldigt sind

von Elverfeldt, Max	Weeze
Höhn, Birgitt	Kevelaer
Wucherpfennig, Brigitte	Kleve
Reuter, Tim	Geldern

### anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang  
Boxnick, Zandra  
Suerick, Wilfried  
Hebben, Wolfgang  
Reynders, Rudolf  
Poschlod-Grause, Sandra  
Jansen, Christoph  
Keuken, Ruth  
Lamers, Monika

### als Schriftführerin

Bormann, Denise

- - - - -

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

Über Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung der Sitzung hat der Landrat die Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehredaktionen im Kreis Kleve zur Unterrichtung der Öffentlichkeit hingewiesen. Die Tagesordnung hing in den Dienstgebäuden in Kleve und Geldern aus.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Hinweis auf nachgereichte Unterlagen:

- Ergänzungsvorlage 1290a/WP14 zu TOP 8: Umstrukturierung von Ausschüssen und Gremien
- Bericht der Gleichstellungsbeauftragten für das Jahr 2019 (TOP 11 – Frauenförderrichtlinien der Kreisverwaltung Kleve – Vorlage des Berichtes der Gleichstellungsbeauftragten)
- Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 15.06.2020 sowie Stellungnahme der Gemeinde Issum zu TOP 21: Entwurf der Nachtragshaushaltssatzung des Kreises Kleve für das Haushaltsjahr 2020 mit Nachtragshaushaltsplan

Landrat weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 20 entfällt, da die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung am 08.06.2020 zurückgenommen hat.

Auf die Frage des Landrates, ob Anträge zur Tagesordnung gestellt werden, melden sich Herr Franken, Frau Eicker und Frau Ulrich zu Wort.

Herr Franken beantragt namens der SPD-Kreistagsfraktion den Tagesordnungspunkt 21 vorzuziehen und zu Tagesordnungspunkt 2 in öffentlicher Sitzung zu machen. Landrat erfragt, ob er den Antrag dahingehend abwandeln darf, dass der Tagesordnungspunkt 21 zum Tagesordnungspunkt 1a werden soll, um Missverständnissen vorzubeugen. Herr Franken erklärt sich damit einverstanden. Landrat stellt den Antrag zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen abgelehnt.

Frau Eicker weist darauf hin, dass die Nummerierung der Tagesordnungspunkte im Kreistagsinformationssystem bzw. der App und in der Tagesordnung voneinander abweicht. Sie bittet darum, dass neben der Nummer des Tagesordnungspunktes auch dessen Betreff beim Aufruf genannt wird. Landrat erklärt, dass die Abweichungen in der Technik begründet liegen und eine andere Darstellung nicht möglich ist. Er wird den Betreff des Tagesordnungspunktes benennen, um Irritationen zu vermeiden.

Frau Ulrich führt aus, dass ein Antrag zur Tagesordnung nicht gestellt wird, sie aber bereits an dieser Stelle darauf hinweisen möchte, dass seitens der CDU-Kreistagsfraktion bei den Tagesordnungspunkten 5 und 21 Beratungsbedarf besteht und sie daher bei Aufruf der Tagesordnungspunkte diesen bestehenden Beratungsbedarf anmelden und dies mit dem Antrag verbinden wird, den Tagesordnungspunkt ohne Aussprache und Beschlussempfehlung in den Kreistag passieren zu lassen.

Herr Prof. Dr. Klapdor nimmt Bezug auf die Erklärung von Frau Ulrich. Aus seiner Sicht würde es sich nun anbieten, wie üblich, erst alle öffentlichen Tagesordnungspunkte zu behandeln und die nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte im Anschluss. Die Notwendigkeit der nichtöffentlichen Einschübe wird nicht mehr gesehen.

Landrat erwidert, dass dem Ergebnis der Beschlussfassung über die, von Frau Ulrich angekündigten, Anträge nicht vorgegriffen werden kann. Die Notwendigkeit der nichtöffentlichen Einschübe bleibt bestehen, sollte den Anträgen nicht entsprochen werden.

Auf die Frage des Landrates an die Kreisausschussmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Erklärung.

-----

### **Öffentliche Sitzung**

1. Beteiligungsrechte der kreisangehörigen Gemeinden bei der Festsetzung der Kreisumlage;  
Gelegenheit zur Anhörung gemäß § 55 Kreisordnung NRW 1296/WP14

### **Nichtöffentliche Sitzung**

2. Vorbereitung einer Gesellschafterversammlung  
KKA Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (KKA GmbH) 1287/WP14
3. Beteiligungsverwaltung  
Änderung des Gesellschaftsvertrages der KKA Kreis-Kleve-  
Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH 1289/WP14
4. Flughafen Weeze;  
Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 02.03.2020 1298/WP14
5. Beteiligungsverwaltung  
Finanzierungsangelegenheiten der Flughafen Niederrhein GmbH  
(FN GmbH) 1281\_1/WP14
6. Mitteilungen
7. Anfragen

### **Öffentliche Sitzung**

8. Umstrukturierung von Ausschüssen und Gremien 1290/WP14
9. Ordentliche Hauptversammlung der RWE AG am 26.06.2020 1284/WP14
10. Lokaler Rundfunk im Kreis Kleve  
Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Kleve e.V.  
Mitgliederwechsel laut Landesmediengesetz (LMG NRW) 1285/WP14
11. Frauenförderrichtlinien der Kreisverwaltung Kleve  
Vorlage des Berichtes der Gleichstellungsbeauftragten 1292/WP14
12. Arbeitsgruppe zur Lage von LeiharbeiterInnen im Kreis Kleve ein-  
setzen 1204\_1/WP14  
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2019 sowie gemein-  
samer Antrag der FDP-Kreistagsfraktion, der SPD-Kreistagsfraktion  
und der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom  
28.05.2020
13. Resolution zur Verbesserung der Wohnsituation für Leiharbeiterin-  
nen und Leiharbeiter 1291/WP14  
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.06.2020

- |     |  |           |
|-----|--|-----------|
| 14. | Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Goch zur Aufgabenübertragung der Abwicklung der Pauschalen nach §§ 11 Abs. 2 und 11a des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW)  | 1272/WP14 |
| 15. | Corona Hilfsprogramm ergänzend zum SGB II- / SGB XII - /AsylbLG Antrag der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion vom 30.04.2020  | 1268/WP14 |
| 16. | Anregung VdK - Sozialbilanz zur Corona-Pandemie Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.05.2020  | 1273/WP14 |
| 17. | Landschaftsplan Kreis Kleve Nr. 09 – Goch Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Goch (111. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Goch)  | 1259/WP14 |
| 18. | Landschaftsplan des Kreis Kleve Nr. 11 – Kevelaer Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Wallfahrtsstadt Kevelaer (63. Änderung des Flächennutzungsplans der Wallfahrtsstadt Kevelaer)   | 1260/WP14 |
| 19. | Landschaftsplan Kreis Kleve Nr. 10 - Weeze Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Weeze im Zusammenhang mit der Erweiterung einer Konzentrationszone für Windenergie (geplante Änderung des sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie der Gemeinde Weeze) | 1286/WP14 |
| 20. | Bewässerungssäcke für Stadtbäume Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.05.2020   | 1278/WP14 |
|     | <b>- entfällt -</b>  |           |
| 21. | Entwurf der Nachtragshaushaltssatzung des Kreises Kleve für das Haushaltsjahr 2020 mit Nachtragshaushaltsplan  | 1295/WP14 |
| 22. | Mitteilungen   | 1282/WP14 |
| 23. | Anfragen   |           |

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1296 /WP14

Beteiligungsrechte der kreisangehörigen Gemeinden bei der Festsetzung der Kreisumlage;  
Gelegenheit zur Anhörung gemäß § 55 Kreisordnung NRW

---

Landrat weist darauf hin, dass elf Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gegenüber der Verwaltung erklärt hatten, in der Sitzung von ihrem Recht auf Anhörung Gebrauch machen zu wollen. Aufgrund der, im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie einzuhaltenden, Hygiene- und Abstandsvorschriften und den sich daraus ergebenden begrenzten Platzkapazitäten wurde jedem Bürgermeister / jeder Bürgermeisterin ein individuelles Zeitfenster von 10 Minuten vorgegeben. Nunmehr wurde der Verwaltung mitgeteilt, dass Herr Bürgermeister Kleinenkuhnen, stellvertretend für alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen, das Anhörungsrecht wahrnehmen wird.

Herr Bürgermeister Kleinenkuhnen sagt, dass daran, dass alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in der Sitzung anwesend sind, erkennbar ist, dass es sich um eine besondere Sitzung handelt und wie wichtig den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern die dringende Bitte an den Kreistag ist, den vom Landrat vorgelegten Nachtragshaushalt und die vorgeschlagene Erhöhung der Kreisumlage abzulehnen. Dazu haben sich alle Kommunen im Rahmen des Benehmensverfahrens ausführlich geäußert. Diese Stellungnahmen liegen vor. Die, in dem Nachtragshaushalt vorgesehene, Erhöhung der allgemeinen Kreisumlage ist, in den Augen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, eine Geringschätzung der kreisangehörigen Kommunen. Dies ist auch die Antwort der Frau Ministerin Scharrenbach während einer Telefonkonferenz mit allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Regierungsbezirk Düsseldorf, nachdem ihr die Nachtragshaushaltsplanung des Kreises Kleve vorgestellt worden ist. Herr Prof. Dr. Junkernheinrich bezeichnet die Auswirkungen der Corona-Pandemie als die schlimmsten Krisen für die Städte. Der Städte- und Gemeindebund spricht von den derzeit größten finanziellen Schäden der Kommunen seit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Alle Kommunen haben mit Einnahmeausfällen in Millionenhöhe sowie zahlreichen Mehraufwendungen zu kämpfen. Den Kommunen steht das Wasser bis zum Hals. Ein Kernpunkt des Nachtragshaushaltes sind die Mittel, die für Soforthilfen des Kreises Kleve für Kleinstunternehmen und Soloselbstständige erforderlich sind. Die kreisangehörigen Kommunen sind und waren nicht gegen die Soforthilfen des Kreises Kleve an sich, sondern wenden sich nur gegen die geplante Art der Finanzierung über die Kreisumlage, also die, bereits bis zum Anschlag gebeutelten, Haushalte der kreisangehörigen Kommunen. Das Land ist sich der äußerst prekären Situation der kommunalen Familie bewusst und hat vor diesem Hintergrund das Corona-Isolierungsgesetz auf den Weg gebracht. Damit soll der kommunalen Familie die Möglichkeit eingeräumt werden, die in dieser Form einmaligen, pandemiebedingten negativen Folgen für die finanzwirtschaftliche Situation der Kommunen in anderer Form abzuwickeln. Nach Auskunft der Frau Ministerin Scharrenbach fallen auch die Ausgaben des Kreises Kleve für die Soforthilfe unter den Begriff der coronabedingten Schäden. Eine Nachtragssatzung mit Bezug auf die coronabedingten Schäden ist entbehrlich und die Kommunen müssen nicht über eine erhöhte Kreisumlage belastet werden. Herr Bürgermeister Kleinenkuhnen appelliert dahingehend an die Kreistagsmitglieder. Die Kommunen sind Dienstleister für ihre Bürgerinnen und Bürger. Der Kreis Kleve sollte Dienstleister für seine Kommunen sein. Deswegen ergeht die dringende Bitte, im Sinne der kreisangehörigen Kommunen zu handeln und eine weitere, noch höhere, finanzielle Belastung der Städte und Gemeinden zu verhindern, die geplante Erhöhung der Kreisumlage abzulehnen und, der Intention und dem Willen des Landesgesetzgebers folgend, das Isolierungsgesetz anzuwenden. Herr Bürgermeister Kleinenkuhnen äußert abschließend die Hoffnung, dass die Kreistagsmitglieder im Sinne der kommunalen Familie entscheiden werden, denn wir alle sind der Kreis Kleve.

Die Tagesordnungspunkte 2 bis 7 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

- - - - -

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1290 /WP14

Umstrukturierung von Ausschüssen und Gremien

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Folgende Ersatzbestimmungen werden vorgenommen:

- als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung: Frau Margarete Hildegard Hermanns
- als ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Nahverkehrszweckverbandes Niederrhein: Frau Margarete Hildegard Hermanns
- als stellvertretendes Mitglied im Euregio Rat der Euregio Rhein-Waal: Frau Margarete Hildegard Hermanns
- als ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der KKA Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (KKA GmbH): Frau Margarete Hildegard Hermanns
- als ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der Kreis Kleve Bauverwaltungs-GmbH (KKB GmbH): Frau Margarete Hildegard Hermanns
- als ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH: Frau Margarete Hildegard Hermanns
- als ordentliches Mitglied im Kreispolizeibeirat: Frau Margarete Hildegard Hermanns

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1284 /WP14

Ordentliche Hauptversammlung der RWE AG am 26.06.2020

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Der Vertreter des Kreises Kleve in der Hauptversammlung der RWE AG am 26.06.2020 wird hinsichtlich seines Abstimmungsverhaltens gebunden. Er wird den Vorschlägen von Vorstand und/oder Aufsichtsrat der RWE AG zur Tagesordnung bzw. zu evtl. Gegenanträgen zustimmen.
2. Sofern die Gesellschafterversammlung der Vka GmbH am 24.06.2020 einen hiervon abweichenden Beschlussvorschlag verabschieden sollte, tritt dieser an die Stelle der Ziffer 2.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1285 /WP14

Lokaler Rundfunk im Kreis Kleve  
Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Kleve e.V.  
Mitgliederwechsel laut Landesmediengesetz (LMG NRW)

---

Landrat erläutert, dass der Entsendungszeitraum der vom Kreistag entsandten Vertreter in den nächsten Wochen endet. Der Entsendungszeitraum beträgt 6 Jahre. Es besteht die Möglichkeit, das Entsendungsrecht wahrzunehmen oder die Kommunalwahl und die damit einhergehende Konstituierung eines neuen Kreistages abzuwarten. Er teilt mit, dass die Veranstaltergemeinschaft auf Nachfrage erklärt hat, dass die bisherigen Mitglieder, Frau Schmidt und Herr Rupp, nach Ablauf der Entsendung weiterhin als Gäste an den Sitzungen teilnehmen können, bis die Entsendung neuer Vertreter/innen erfolgt. Da keine Wortmeldungen ergehen, schlägt er vor, die Entsendung der Vertreter/innen in die Mitgliederversammlung des Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Kleve e.V. zurückzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Entsendung der Vertreter/innen in die Mitgliederversammlung des Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Kleve e.V. wird zurückgestellt.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1292 /WP14

Frauenförderrichtlinien der Kreisverwaltung Kleve  
Vorlage des Berichtes der Gleichstellungsbeauftragten

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Dem Kreistag wird der Bericht für das Jahr 2019 vorgelegt.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1204 \_1/WP14

Arbeitsgruppe zur Lage von LeiharbeiterInnen im Kreis Kleve einsetzen  
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2019 sowie gemeinsamer Antrag der FDP-Kreistagsfraktion, der SPD-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.05.2020

---

Herr Franken führt aus, dass es angedacht war, dass der gemeinsame Antrag der FDP-Kreistagsfraktion, der SPD-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.05.2020 den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2019 ersetzt. Der gemeinsame Antrag wurde gestellt, da die Überzeugung besteht, dass auf Kreisebene ein abgestimmtes Handlungskonzept benötigt wird und zwar ein gemeinsam mit den kreisangehörigen Kommunen erarbeitetes Handlungskonzept, um die Problematik von Sammelunterkünften von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern, insbesondere unter Berücksichtigung der aktuellen Corona-Pandemie, zu bekämpfen. Die Problematik wird auch nach der Corona-Pandemie fortbestehen. Er verweist auf die Stadt Duisburg, die sich der Thematik erfolgreich angenommen

hat. Dort fand ein starkes, einheitliches und abgestimmtes Auftreten statt. Dies wird auch für den Kreis Kleve gewünscht. Es ist bekannt, dass teilweise untragbare Wohnverhältnisse bestehen. Es besteht die feste Überzeugung, dass ein abgestimmtes Handlungskonzept benötigt wird und dieses vom Landrat des Kreises Kleve koordiniert werden sollte.

Landrat fragt nach, ob der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2019 damit zurückgenommen ist. Herr Franken bestätigt dies.

Herr Prof. Dr. Klapdor erinnert daran, dass Herr Heinrichs in der Sitzung des Kreistages am 28.05.2020 ausgeführt hat, dass sich die Kreistagsfraktion DIE LINKE. dem Antrag ebenfalls anschließen würde. Er weist darauf hin, dass die bestehenden Unstimmigkeiten für die Bürgerinnen und Bürger nicht verständlich sind und sie nicht wissen, wem sie Glauben schenken sollen. Letztendlich ist es den Bürgerinnen und Bürgern aber auch egal. Es gibt ein Problem, das gelöst werden muss. Das, was mit dem Antrag formuliert wird, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, nämlich, dass Landrat und Bürgermeister sich zusammensetzen und mit den Stellen, die einen Beitrag leisten können, ein Handlungskonzept erstellen.

Herr Mulder verweist auf die umfassende Behandlung des Antrages im Fachausschuss. Auf der Arbeitsebene ist die Zusammenarbeit zwischen dem Kreis und den Kommunen sehr gut. Dies kann nicht nur der Verwaltungsvorlage entnommen werden, sondern wurde auch durch den umfangreichen Bericht bestätigt. Seitens der CDU-Kreistagsfraktion wird daher, an dieser Stelle, kein Handlungsbedarf gesehen, sondern auf Landes- und Bundesebene. Dem trägt die erfolgte Antragstellung, eine Resolution zu beschließen, Rechnung. Die CDU-Kreistagsfraktion wird den Antrag daher ablehnen.

Herr Engler merkt an, dass der Ursprungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion aus November 2019 datiert. Zu diesem Zeitpunkt war die Corona-Pandemie noch kein Thema. Wenn dem Antrag seinerzeit entsprochen worden wäre, hätte man viele Probleme, die sich anschließend ergeben haben, nicht gehabt.

Landrat stellt die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, den gemeinsamen Antrag der FDP-Kreistagsfraktion, der SPD-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.05.2020 abzulehnen, zur Abstimmung.

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales nicht zu (Stimmengleichheit mit jeweils 8 Ja-Stimmen und Nein-Stimmen).

Hinweis zur Niederschrift:

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE. hat am 16.06.2020 schriftlich ihren Beitritt zu dem gemeinsamen Antrag der FDP-Kreistagsfraktion, der SPD-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.05.2020 erklärt.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1291 /WP14

Resolution zur Verbesserung der Wohnsituation für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter  
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.06.2020

---

Herr Mulder führt aus, dass da für Bewegung gesorgt werden soll, wo das Problem nach Meinung der CDU-Kreistagsfraktion gelöst werden kann. Das ist vornehmlich auf Landesebene. Er äußert sich erfreut, dass im Ausschuss für Gesundheit und Soziales weitgehend Einvernehmen erzielt werden konnte.



Herr Prof. Dr. Klapdor weist darauf hin, dass die Ministerin eindeutig gesagt hat, dass zumindest die Corona-Probleme vor Ort gelöst werden können, da hierfür entsprechende Möglichkeiten geschaffen wurden. In der Resolution stehen Selbstverständlichkeiten als Forderungen, die man auch vor zwei Jahren schon hätte auf den Weg bringen können. Es spricht nichts gegen die Resolution. Da die CDU-Kreistagsfraktion bei anderen Selbstverständlichkeiten nicht zustimmt, wird er sich für die FDP-Kreistagsfraktion enthalten.

Herr Franken sagt, dass das, was in der Resolution gefordert wird, eigentlich gängiges Geschäft ist, nämlich gesetzliche Fortentwicklungen nach erfolgter Evaluation. Die Intention der Resolution ist richtig, daher wird die SPD-Kreistagsfraktion zustimmen. Er weist darauf hin, dass die Resolution, nach Auffassung der SPD-Kreistagsfraktion, ausschließlich aus dem Druck der Öffentlichkeit heraus entstanden ist.

Herr Terkatz führt aus, dass auch die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Resolution unterstützen wird. Die Erkenntnisse bei der CDU-Kreistagsfraktion hätte man sich eher gewünscht, ebenso eine Zustimmung zu der Antragstellung bei dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.06.2020 wird entsprochen. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Landesgesetzgeber und dem Bundesgesetzgeber die nachfolgende Resolution des Kreistages des Kreises Kleve vorzulegen:

### **Resolution**

Der Landes- und der Bundesgesetzgeber werden aufgefordert, umgehend gesetzliche Grundlagen dafür zu schaffen, die Wohnsituation der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter auch im Kreis Kleve zu verbessern.

Insbesondere müssen auf Landesebene folgende Maßnahmen kurzfristig umgesetzt werden:

- eine Änderung des Wohnungsaufsichtsgesetzes NRW
  - die Ausweisung von verträglichen Mindeststandards im Rahmen der Anforderungen des Arbeitsstättenrechtes an Unterkünfte (auch für arbeitgebernah vermittelte und bereitgestellte Unterkünfte im Rahmen privatrechtlicher Verträge) auch für zeitweise in Nordrhein-Westfalen ansässige und in den Niederlanden in der Fleischindustrie arbeitende Arbeitnehmer
  - grenzüberschreitend einheitliche Standards und Kriterien, die die arbeitsrechtlichen Bedingungen und die völlig indiskutable Wohnungssituation angemessen und menschenwürdig gestalten
  -
- Erforderlich ist in diesem Zusammenhang die dezidierte Ausstattung der örtlichen Behörden mit entsprechenden Kontrollbefugnissen.

Parallel müssen die bereits vor einem Jahr gestartete Erfassung der Situation in der Grenzregion und die Erstellung eines Gutachtens zur Lösung der Problematik durch das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung schnellstens zu einem Ende geführt werden.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1272 /WP14

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Goch zur Aufgabenübertragung der Abwicklung der Pauschalen nach §§ 11 Abs. 2 und 11a des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW)

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Die als Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Aufgabenübertragung der Abwicklung der Pauschalen nach §§ 11 Abs. 2 und 11a ÖPNVG NRW wird beschlossen.
2. Der Landrat wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Goch abzuschließen und die erforderliche Genehmigung bei der Bezirksregierung Düsseldorf einzuholen.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1268 /WP14

Corona Hilfsprogramm ergänzend zum SGB II- / SGB XII - /AsylbLG  
Antrag der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion vom 30.04.2020

---

Herr Terkatz führt aus, die Diskussion aus dem Fachausschuss nicht wiederholen zu wollen. Die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würde sich jedoch ein Zeichen in eine andere Richtung wünschen. Bei aller Zustimmung für die Hilfen für Soloselbstständige, Betriebe etc. fehlt es an einem Ansatz für Menschen, die mehr Hilfe benötigen. Die jetzigen Hilfspakete mit 300,00 Euro pro Kind greifen zu kurz. Die Familien hätten hier ein deutliches Zeichen und mehr Unterstützung gebraucht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1273 /WP14

Anregung VdK - Sozialbilanz zur Corona-Pandemie  
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.05.2020

---

Herr Rupp führt aus, dass der VdK den Landrat und alle Fraktionen angeschrieben und angeregt hat, eine Sozialbilanz zu erstellen. Die SPD-Kreistagsfraktion hat diese Anregung zum Anlass genommen, das Thema für den Fachausschuss aufzugreifen und vorgeschlagen, einen Vertreter des VdK zu der Fachausschusssitzung einzuladen. Aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion ist es wichtig und sinnvoll, neben den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie auch die sozialen Folgen intensiv in den Blick zu nehmen.

Herr Mulder sagt, dass sich irgendwann das Erfordernis ergeben kann, eine Bilanz - gleich welcher Art - der Corona-Krise zu erstellen. Aus Sicht der CDU-Kreistagsfraktion ist dies zum jetzigen Zeitpunkt jedoch deutlich zu früh.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion wird abgelehnt.

Zu Punkt 17 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1259 /WP14

Landschaftsplan Kreis Kleve Nr. 09 – Goch

Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Goch (111. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Goch)

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans Kreis Kleve Nr. - 09 Goch an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Goch, sofern die im Landschaftspflegerischen Begleitplan (Bebauungsplans Nr. 4 Hülsm „Photovoltaik-Freiflächenanlage“) unter M1 und M2 beschriebenen Maßnahmen vollständig umgesetzt werden:

M1: Anpflanzung eines 5 m breiten Heckenstreifens östlich der gesamten Anlage mit standortgerechten, heimischen Wildgehölzen.

M2: Anlage von Extensivgrünland als Mähweide bzw. Mähwiese innerhalb des Plangebietes unterhalb der Solarmodule bzw. zwischen den Modulreihen.

Zu Punkt 18 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1260 /WP14

Landschaftsplan des Kreis Kleve Nr. 11 – Kevelaer

Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Wallfahrtsstadt Kevelaer (63. Änderung des Flächennutzungsplans der Wallfahrtsstadt Kevelaer)

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans Kreis Kleve Nr. 11 – Kevelaer an die kommunale Bauleitplanung der Wallfahrtsstadt Kevelaer, sofern auf der Grundlage einer qualifizierten Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung unter Beachtung des Artenschutzes die erforderlichen Maßnahmen zur Eingriffsvermeidung, zur Eingriffsminimierung und zum Ausgleich bzw. Ersatz der unvermeidbaren Eingriffe in Natur und Landschaft festgesetzt werden. Unter anderem ist eine landschaftsgerechte Eingrünung des neuen Gewerbegebietes entlang der Grenze zum Landschaftsschutzgebiet mit standortgerechten heimischen Wildgehölzen vorzusehen, die sowohl eine Sichtschutz- als auch eine ökologische Vernetzungsfunktion erfüllt. Darüberhinausgehender Kompensationsbedarf (Ersatzflächen, Ökoko-Konto) ist als Teil der Kompensationsverpflichtung im Satzungstext der Planurkunde zu dokumentieren.

Zu Punkt 19 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1286 /WP14

Landschaftsplan Kreis Kleve Nr. 10 - Weeze

Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Weeze im Zusammenhang mit der Erweiterung einer Konzentrationszone für Windenergie (geplante Änderung des sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie der Gemeinde Weeze)

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Landschaftsplan Kreis Kleve Nr. 10 - Weeze ist an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Weeze anzupassen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Änderung des Landschaftsplans Kreis Kleve Nr. 10 – Weeze im Zusammenhang mit der Erweiterung der Konzentrationszone Kalbeck im vereinfachten Verfahren gemäß § 20 Abs. 2 LNatSchG durchzuführen und umgehend den Eigentümern der von den Änderungen betroffenen Grundstücke und den von den Änderungen betroffenen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Im Rahmen des vereinfachten Änderungsverfahrens ist die Unberührtheitsklausel für die allgemeinen Festsetzungen für Landschaftsschutzgebiete des Landschaftsplans Kreis Kleve Nr. 10 - Weeze um die Potenzialfläche „Kalbeck-Nord“ zu erweitern. Der zu ergänzende Text ist in roter Schrift dargestellt:

*Unberührt bleiben, soweit durch besondere Festsetzungen für die einzelnen Landschaftsschutzgebiete nichts anderes bestimmt ist:*

*h) die Errichtung von Windenergieanlagen im Bereich von Konzentrationszonen des Flächennutzungsplanes; für die damit verbundenen Ver- und Entsorgungsleitungen ist eine Befreiung zu erteilen, wenn das Vorhaben § 26 (2) BNatSchG nicht entgegensteht.*

*(lt. Kreistagsbeschluss vom 25.09.2014 geltend für die Potenzialfläche „Schwarzbruch“ des Flächennutzungsplanes der Stadt Kevelaer und die Potenzialflächen „Kalbeck“, „Baaler Bruch“ und „Wembscher Bruch und Spanische Ley“ des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Weeze sowie lt. Kreistagsbeschluss vom ##.##.202# geltend für die Potenzialfläche „Kalbeck-Nord“ des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Weeze)*

Zu Punkt 21 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1295 /WP14

Entwurf der Nachtragshaushaltssatzung des Kreises Kleve für das Haushaltsjahr 2020 mit Nachtragshaushaltsplan

---

Frau Ulrich erklärt, dass seitens der CDU-Kreistagsfraktion bei dem Tagesordnungspunkt 5 Beratungsbedarf angemeldet wurde und dem Antrag, diesen Tagesordnungspunkt daher in Gänze ohne Aussprache und ohne Beschlussempfehlung in den Kreistag passieren zu lassen, entsprochen wurde. Insofern wird dies auch an dieser Stelle beantragt.

Herr Franken sagt, dass die SPD-Kreistagsfraktion gegen den Antrag bei Tagesordnungspunkt 5 gestimmt hat, diesem jedoch mehrheitlich entsprochen wurde. Insofern bietet es sich jetzt tatsächlich an, den Tagesordnungspunkt ebenfalls passieren zu lassen, da ein Zusammenhang besteht.

Herr Prof. Dr. Klapdor bezieht sich auf Ziffer 1 des Antrages der FDP-Kreistagsfraktion vom 15.06.2020 und erfragt, ob die Verwaltung am heutigen Tag oder zu einem späteren Zeitpunkt dazu Stellung nehmen wird. Aus seiner Sicht wäre eine Beantwortung bis zur Sitzung des Kreistages sinnvoll.

Landrat antwortet, dass er beabsichtigt, die Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung des Kreistages abzugeben, wenn der Punkt, wie beantragt, ohne Aussprache und ohne Beschlussempfehlung in die Sitzung des Kreistages passieren gelassen wird, da dieser Beschluss auch den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion umfasst.

Der Kreisausschuss lässt den Tagesordnungspunkt einvernehmlich ohne Beschlussempfehlung in den Kreistag passieren.

Zu Punkt 22 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1282 /WP14

Mitteilungen

---

Der Kreisausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage 1282/WP14 "Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Kreis Kleve - Auswirkungen der SARS-CoV-2 Pandemie auf den ÖPNV im Kreis Kleve" zur Kenntnis.

Zu Punkt 23 der Tagesordnung:

Anfragen

---

Es gibt keine Anfragen im öffentlichen Teil der Sitzung.